



# Zeitschrift für Diskursforschung

## Journal for Discourse Studies

- **Kevin Howley**  
Violence, Intimidation and Incarceration:  
America's War on Whistleblowers
- **Robert Feustel und Florian Spissinger**  
»Selbsterhalt ist kein Rassismus«  
Zur neurechten Politik der Entpolitisierung
- **Thomas Scheffer**  
Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit  
existentieller Probleme  
Eine trans-sequentielle Rekonstruktion parlamentarischer  
Diskursarbeit
- **Michael Brandmayr**  
Die diskursive Formierung von Unterrichtspraktiken durch  
Kompetenzorientierung und Bildungsstandards und die  
Neuordnung von Machtverhältnissen in österreichischen Schulen

# Inhaltsverzeichnis

*Reiner Keller / Werner Schneider / Willy Viehöver*

Editorial ..... 259

## Themenbeiträge

*Kevin Howley*

Violence, Intimidation and Incarceration: America's War on Whistleblowers ..... 265

*Robert Feustel und Florian Spissinger*

»Selbsterhalt ist kein Rassismus«

Zur neurechten Politik der Entpolitisierung ..... 285

*Thomas Scheffer*

Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit existentieller Probleme

Eine trans-sequentielle Rekonstruktion parlamentarischer Diskursarbeit ..... 305

*Michael Brandmayr*

Die diskursive Formierung von Unterrichtspraktiken durch

Kompetenzorientierung und Bildungsstandards und die

Neuordnung von Machtverhältnissen in österreichischen Schulen ..... 348

## Reviews

*Alexander Hamedinger*

Barbehön, Marlon (2015): Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess.

Urbane Konstruktionen des Mehrebenensystems und die lokale

Umsetzung europäischer Politik ..... 368

*Heike Kahlert*

Messerschmidt, Reinhard (2018): Aussterben vertagt? Demografischer

Wandel in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion ..... 372

*Britta Schneider*

Rheindorf, Markus & Wodak, Ruth (2020): Sociolinguistic Perspectives

in Migration Control. Language Policy, Identity and Belonging ..... 379

Internationale Diskursnetzwerke stellen sich vor

*Eva Codó / Miguel Pérez-Milans*

2019 – 2022 EDiSo Presidency

Asociación de Estudios sobre Discurso y Sociedad (EDiSo) ..... 386

Service

Spring School

Wissenssoziologische Diskursanalyse ..... 390

Tagung

Die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit V –

Interdisziplinäre Perspektiven einer wissenssoziologischen Diskursforschung ..... 392

Robert Feustel / Florian Spissinger

## »Selbsterhalt ist kein Rassismus«

### Zur neurechten Politik der Entpolitisierung

**Zusammenfassung:** Der Beitrag untersucht diskursanalytisch, wie neue Rechte mithilfe physikalischer und rechtlicher Diskurse ihre Forderungen nach Ausschluss und Abschottung naturalisieren, sie damit sachlich rahmen und vor ethischen oder politischen Einwänden schützen. Eine politiktheoretisch sensibilisierte Analyse neurechter Diskurse hilft, die selbstsichere Distanzierung neurechter Akteur\*innen vom Rassismus besser zu verstehen. Sie zeigt zudem, dass diese dabei eine Politik der Entpolitisierung betreiben.

**Stichworte:** neue Rechte, Grenzziehungen, Recht, Physik, Entpolitisierung

**Abstract:** Using discourse analysis, the paper argues that the far right naturalises their ongoing insistence on anti-migrant shielding and expulsion based on juridical, and physical patterns. This rhetoric suggests a realistic and objective position and helps repelling political or ethical critique as naive and unworlly. Informed by political theory, an investigation into far-right discourse can enrich our understanding of how far-right actors' distance themselves from racism. Moreover, it reveals far-right politics as a sort of depoliticisation.

**Keywords:** the far right, boundary-work, juridical, physical, depoliticization

## 1 Einleitung

»Die Menschen, die jahrzehntelang durch die Mühlen der sozialistischen Gesinnungspresse, der Erziehungspresse und der Lückenpresse gedreht wurden, sollen wieder lernen, dass sie vollkommen recht haben, wenn sie sagen, dass eins plus eins zwei ist. Dass sie niemandem etwas schuldig sind. Dass das ihr Land ist. Dass niemand sein eigenes Verdrängtwerden begrüßen muss. Dass Selbsterhaltung kein Rassismus ist und Deutschsein etwas ganz Normales« (Frauke Petry, ehemals AfD, 3. Oktober 2016 in Stuttgart).

Bei Demonstrationen und öffentlichen Auftritten neurechter<sup>1</sup> Akteur\*innen von Pegida über die AfD bis zu diversen Bürger\*innenbewegungen ist in vorausseilender Abwehr zu

1 Wir sprechen von der neuen Rechten im Sinne einer über Gruppen- und Parteigrenzen hinausgehenden gesellschaftlichen Bewegung der letzten Jahre. Die »Neue Rechte« hingegen ist ein stehender Begriff für ein rechtes Akteurspektrum, das sich seit Ende der 1970er Jahre beobachten lässt, auf Distanz zu einem neonazistischen Selbstverständnis geht und mit dem Konzept des Ethnopluralismus hervortritt (Schellhoh 2018). Die Bezeichnung mit einem kleinen n soll zugleich anzeigen, dass eine klare Trennung zwischen alter Rechter und Neuer Rechter nicht immer möglich ist, weil sich zwar einige Begriffe verschoben haben, aber die grundlegenden Muster essentieller Ausgrenzung geblieben sind.

vernehmen, man sei nicht rechts und schon gar nicht rassistisch. Die Identitäre Bewegung macht dies zu ihrem Leitspruch: »Nicht links, nicht rechts, identitär« und verteilt entsprechende Aufkleber: »100 % identitär – 0 % Rassismus« (Pfeiffer 2018, S. 49). Es gehe um Selbstverteidigung und Selbsterhalt, und das habe nichts mit Rassismus oder rechtem Denken und Handeln zu tun.<sup>2</sup> Als Ende August 2018 eine Menschenmenge durch die Straßen von Chemnitz zog, um Hass und Gewalt gegenüber Nicht-Weißen zu verbreiten und wiederholt mit dem Hitlergruß aufzuwarten, ertönten solche Aussagen unmittelbar neben oder synchron zu rechtsradikalen Parolen wie »Frei, sozial und national«. Es gibt also einen irritierenden Widerspruch zwischen Fremd- und Selbstbild.

Wer neurechten Akteur\*innen aufmerksam zuhört, wird die biologistischen Deutungen, den Rassismus der alten Rechten, schwer überhören können (etwa bei Björn Höcke zitiert in Hurtz 2015). Allerdings werden die alten Grenzziehungen mittlerweile mit kulturellen Merkmalen kombiniert, was es möglich macht, die zugrundeliegenden Denkfikturen von sich zu weisen. Dafür mag es verschiedene Gründe geben. Selbst wenn dieser Tage eine schleichende Normalisierung vormals tabuisierter und mit Scham behafteter Aussagen stattfindet (Wodak 2018, 2019), gilt ein offenes Bekenntnis zu traditionellen rechten bzw. rassistischen Denkmustern und zum Nationalsozialismus als historisch verbrannt und damit öffentlich wenig anschlussfähig (Kalpaka/Räthzel 2000, S. 179; Fredrickson 2004, S. 144 ff.). Wer viele Menschen erreichen und auch die sogenannte bürgerliche Mitte überzeugen will, tritt eher konservativ denn rechtsradikal auf.<sup>3</sup> Ohnehin wirkt der Ausschluss mittels der Rede von einer authentischen und an einen Raum gebundenen Kultur zeitgemäßer – der neurechte Diskurs zum Ethnopluralismus (dazu Schellhöf 2018; Zorn 2018). Man sagt Kultur statt Rasse, aber impliziert das Gleiche (Mühlmann 1996; Kalpaka/Räthzel 2000, S. 179 ff.; Kalpaka 2005).<sup>4</sup>

»Neue Formen des Rassismus argumentieren ›kulturalistisch‹, indem sie unterschiedliche kulturelle Traditionen als inkompatibel ansehen. [...] Der Begriff Kultur ersetzt dabei den Begriff ›Rasse‹: Die ›anderen‹ werden entlang dem Kriterium ›kulturelle Identität‹ erkennbar [...]. Zu schützen gilt nicht mehr die ›rassische Reinheit‹, sondern eine authentische ›kulturelle Identität‹« (Kalpaka 2005, S. 393).<sup>5</sup>

- 2 Diese Haltung hat auch mit dem ethnographischen Befund zu tun, dass ›Nazis‹ in Deutschland systematisch ›die Anderen‹ sind und der Zuschreibung von Rechtsextremismus somit eine Othring-Funktion zukommt (Shoshan 2016).
- 3 Dementsprechend erklärte Alexander Gauland nach den Landtagswahlen 2019 in Sachsen und Brandenburg die AfD zum »Vertreter des Bürgertums« (Spiegel Online 2019).
- 4 Andreas Reckwitz (2018, S. 400) liefert noch eine weitere Erklärung, warum gerade die Rede von Kultur auch in rechten Kreisen zeitgemäß ist: In der Spätmoderne sei Kultur »häufig kein bloß impliziter Hintergrund alltäglicher Praxis mehr, sondern wird zum Gegenstand der Diskursivierung, der Thematisierung oder Kodifizierung, und zwar nach ›innen‹ wie nach ›außen‹«.
- 5 Eine intensive Auseinandersetzung darüber, inwiefern auch anti-muslimischer Rassismus Rassismus ist, liefert Hilary Pilkington (2016, S. 92 ff.) am Fall der English Defence League. Genau wie neurechte Akteur\*innen in Deutschland weist diese Gruppierung das Etikett rassistischer Gewalt von sich: »Not racist, not violent, just no longer silent« (ebd., S. 93).

Jeweils geht es um Essentialismen, die von einem politischen Streitfeld unterschiedlicher Meinungen wegführen, um stattdessen eine unhintergehbare, weil natürliche und zeitlose Beweiskette vorzutragen. Wer mit der Natur bzw. naturalisierter Kultur im Rücken argumentiert, duldet keinen Widerspruch.

Die Kritik, wonach Kulturrassismus auch Rassismus ist (Balibar 1998, S. 28 ff.; Hall 2000), hat schon weite Kreise gezogen. Und dennoch ist rechtes Denken dieser Prägung weder ein gesellschaftliches Randphänomen, noch eine Frage formaler Bildung – wie die breite Zustimmung zur AfD zeigt. Die Frage ist daher, wie es der neuen Rechten gelingt, Grenzziehungen gegenüber Migrant\*innen diskursiv so zu rahmen, dass die neurechten Diskurse von Sympathisant\*innen als nicht-rassistisch gelesen werden bzw. sie für sich selbst die Zuschreibung »rassistisch« ablehnen. Neurechte Abwehrversuche, so unsere These, funktionieren, indem sie ihre Deutungen als selbstverständlich, sachlich und nicht politisch-ideologisch motiviert darstellen. Wir zeigen, dass neurechte Akteur\*innen diskursive Angebote machen, die sie nicht bloß als eine politische Deutung unter vielen präsentieren, sondern damit unerschütterliche Tatsachen behaupten. Neurechte Grenzziehungen werden als Notwendigkeiten, als Selbstverständlichkeiten artikuliert und versuchen sich so dem politischen Dissens zu entziehen.

Vor dem Hintergrund postfundamentalistischer Theorien des Politischen sind die im Beitrag diskutierten neurechten Diskurse insofern entpolitisierend, als dass sie gerade keinen politischen Streit befördern. Sie deuten soziale, kulturelle und politische Phänomene als natürliche Gegebenheiten und sind beständig darum bemüht, Dissens und Kontingenz, Streit und Aushandlung – all das, was das Politische ausmacht – zu negieren und ein für alle Mal zu beenden. Im Rahmen einer seit längerem etablierten Differenzierung von »der Politik« und »dem Politischen« (Marchart 2007; Bedorf/Röttgers 2010; Bröckling/Feustel 2010) entziehen sich rechte Deutungsangebote dieser Art systematisch dem Politischen. Zu einer begrifflichen Schärfung hat etwa Jacques Rancière (2002, 2012) beigetragen, der von Polizei oder Verwaltung – das übliche Verständnis von Politik – auf der einen und Politik – im Sinne von dem Politischen – auf der anderen Seite sprach. Vor diesem politiktheoretischen Hintergrund lesen wir verschiedene neurechte Diskurse als Behauptungen eines unhintergehbaren Fundaments, als naturalistische Fixierungen und damit als Techniken der Entpolitisierung. Dies schärft den Blick dafür, wie neurechte Akteur\*innen ihre politischen Deutungen so rationalisieren, dass sie von Sympathisant\*innen als nicht-ideologische Wahrheiten interpretiert werden können. Während also rechte Deutungen im landläufigen Sinn politisch sind, ist es analytisch erkenntnisreich, gerade dem neurechten Entzug des Politischen im Detail nachzugehen. Wir sprechen deshalb von der *neurechten Politik der Entpolitisierung*: Entsprechende Akteur\*innen betreiben einflussreich Politik, allerdings in einem Modus, der Natürlichkeiten und daher Selbstverständlichkeiten behauptet und damit die politisch-ideologische Grundlage der eigenen Deutung verdeckt. Während neurechte Grenzziehungen aus einer kritischen Außenperspektive ideologisch motiviert sind, können sie für deren Sympathisant\*innen als selbstverständlich und zwingend interpretiert werden. Wir zeigen, inwiefern neurechte Akteur\*innen Deutungsangebote unterbreiten, die eine Politik der Entpolitisierung befördern.

Der Beitrag diskutiert konkret zwei Deutungsrahmen, die verdecken, dass einer Grenzziehung zwischen einem emphatischen Wir und den Anderen ein mit Carl Schmitt (1987 [1932]) gedachter unüberwindbarer Gegensatz zwischen Freund und Feind zugrunde liegt. Es handelt sich einerseits um eine *rechtliche* Rahmung, die darum kreist, Ein- und Ausschluss unter Berufung auf die quasinatürliche Autorität von Gesetzen (vor allem dem Grundgesetz) für legitim, legal und darüber hinaus für dringend geboten zu halten. Das Recht wird umgedeutet und mystifiziert, es dient als selbstverständliche und nicht verhandelbare Begründung zur Abwehr des Anderen. *Physikalische* Bezüge beschreiben andererseits den Ausschluss unter anderem mit Druckmetaphern und damit als naturwissenschaftliche Notwendigkeit. Die verbreitete Metapher »Das Boot ist voll« ist ein Beispiel für diese Deutungsweise, weil politische Entscheidungen als zwingende, physikalisch begründete Notwendigkeiten dargestellt werden.

Diese Begründungsfiguren erhalten Stabilität, indem sie ihre Macht verdecken und politisch gewollte, gewaltvolle Ausschlüsse als notwendig und selbstverständlich darstellen. Der Beitrag zeigt, wie neurechte Grenzziehungen diskursiv so eingekleidet werden, dass sie weder politisch motiviert noch moralisch zweifelhaft erscheinen. Normative Kritik an rassistischen oder anderen Formen von Ausgrenzung verliert ihre Wirkung, wenn es neurechten Akteur\*innen gelingt, sachlogische Notwendigkeiten zu präsentieren. Gerade weil die zwei Deutungsangebote auf stabilen oder ontologischen Setzungen aufbauen, ist die Zuschreibung von Rassismus treffend und kann dennoch als unsachlich und ideologisch motiviert abgewehrt werden.<sup>6</sup> Die Mobilisierung von unideologischer Sachlichkeit ist nicht neu; Rassenlehre und Eugenik kleideten sich ebenfalls sachlich bzw. wissenschaftlich.<sup>7</sup> Die gegenwärtigen Versuche, Ausschlüsse jenseits von Moral und Politik zu begründen, operieren jedoch in anderen, allgemein anerkannten Registern (rechtlich, naturwissenschaftlich). Sie sind unauffälliger, schwerer zu kritisieren und damit anchlussfähig an konservative und bürgerliche Kreise.<sup>8</sup>

Die neurechte Mobilisierung von Nicht-Wähler\*innen, deutlich zuletzt bei den Landtagswahlen in Thüringen 2019, ließe sich jedoch nicht nur als Ausdruck von Rassismus und Ausgrenzung, sondern auch als Inklusion zuvor nicht repräsentierter Wähler\*innen-Gruppen interpretieren. So ist häufig von einer Repräsentationslücke die Rede, auf welche die AfD reagiere (etwa Merkel 2017; Decker 2018, S. 364 f.). Ebenso ließe sich argumentieren, dass mit den Erfolgen der AfD ein Ende der ›Postdemokratie‹ (Crouch 2008)

- 6 Neben den Funktionen der Homogenisierung, Polarisierung und Hierarchisierung ist die *Naturalisierung* – was wir als Entpolitisierung deuten – gesellschaftlicher Verhältnisse im Rassismus zentral (Rommelspacher 2009: 29). Birgit Rommelspacher spricht von rechter Politik als »eine politisierte Form des Rassismus« (ebd.). Unser Beitrag betont die naturalisierenden Effekte, indem wir neurechte Politik als eine politische Form deuten, die die Entpolitisierung gesellschaftlicher Verhältnisse bewirkt.
- 7 Dass die rechte Performanz von Sachlichkeit selbst ideologisch ist, lässt sich etwa an Adolf Eichmann zeigen (dazu Schulze Wessel 2006). Versuche der Versachlichung politischer Prozesse ließen sich daher als Kontinuität rechter Politiken lesen.
- 8 Die Normalisierung und Legitimierung der AfD funktioniert auch über subtile affektive Praktiken, die es ermöglichen nicht mit rassistischer Hasspolitik verknüpft zu werden (Leser/Pates/Spissinger 2019; Leser/Spissinger 2020).

zu beobachten sei, so viel wie die letzten Jahre politisch gestritten werde. Diagnosen zur Repolitisierung von rechts spiegeln sich auch im Selbstverständnis neurechter Akteur\*innen wider. So betonte etwa Björn Höcke nach der Verkündung der vorläufigen Wahlergebnisse für den Thüringer Landtag in der Tagesschau: »Wir haben es geschafft, die meisten Nichtwähler wieder zurück an die Wahlurne zu bekommen. Die AfD wirkt also auch als Demokratie-Beleber« (NDR/ARD-aktuell 2019). Wir argumentieren hingegen, dass die neurechten Mobilisierungen paradoxerweise keine Repolitisierung der Auseinandersetzung bedeuten, sondern vielmehr mit einer Politik im Modus substantieller Entpolitisierung einhergehen. Der Beitrag zeigt, dass die diskursiven Angebote neurechter Akteur\*innen letztlich nicht zum politischen Dissens einladen, sondern dazu, sich diesem vielmehr zu entziehen.

Für den folgenden Beitrag haben wir Aussagen öffentlicher Personen, publizierte Interviews und Pressemitteilungen neurechter Akteur\*innen, Reden, die bei Pegida zwischen 2014 und 2016 gehalten wurden, Partei- und Wahlprogramme der AfD sowie Zeitungsartikel diskursanalytisch ausgewertet.<sup>9</sup> In einer Vorstudie mit öffentlich verfügbaren Interviews haben wir mehrere entpolitisierende Deutungsangebote erschlossen und diese für den Beitrag anhand der genannten Quellen näher untersucht. Während wir bei der Vorstudie von der Hypothese des Wiedererstarkens biologistischer Grenzziehungen ausgegangen sind, zeigte die Analyse der journalistischen Interviews, dass sich neurechte Akteur\*innen genau davon diskursiv zu distanzieren versuchen. Ins Zentrum der Untersuchung rückten Diskurse der Distanzierung und verdichteten sich in den im Beitrag präsentierten physikalischen und rechtlichen Varianten.<sup>10</sup> Die Beobachtung, dass andere Deutungen als die biologistischen im Vordergrund stehen, verhärtete sich im Zuge der umfangreichen Materialanalyse.<sup>11</sup> Um zu veranschaulichen, wie die zwei diskursiven Angebote im Detail funktionieren und ein entpolitisierender Deutungsrahmen entsteht, entfalten wir deren Logiken anhand von exemplarisch ausgewählten Textpassagen. Die im Beitrag diskutierten Aussagen stehen Modell für wirkmächtige Diskurse, die über die Denkfiguren des Natürlichen und Selbstverständlichen in die sogenannte bürgerliche Mitte hineinwirken.

Methodologisch folgt das Vorgehen einer dekonstruktiven Variante der Diskursanalyse (Feustel 2010). Sie fokussiert nicht auf Personen und Intentionen, sondern fragt danach, wie diskursive Deutungsangebote funktionieren bzw. was sie ermöglichen. Die Funktion der physikalischen und rechtlichen Deutungen, jegliche Kritik als ideologisch

9 Der Zeitraum der Datenerhebung schließt die These aus, dass erst die Beobachtung der Identitären Bewegung und von Teilen der AfD durch den Verfassungsschutz zur Vermeidung biologistischer Aussagen geführt hat.

10 Ein weiterer Deutungsrahmen, der essentialisierend wirkt, im Beitrag jedoch keinen Platz mehr findet, ist jener von der naturalistisch gedeuteten Ökonomie – etwa die Rede von ökonomischen Kapazitätsgrenzen.

11 Die dem Beitrag zugrundeliegende Analyse pendelte zwischen induktivem und deduktivem Vorgehen, das entscheidende Überraschungsmoment lässt sich jedoch am besten mit dem Begriff der Abduktion einfangen, wie es besonders ethnografische Forschung prägt (dazu Yanow 2009: 34 f.), aber auch in diskursanalytischer Forschung bedeutsam ist (Reisigl 2014).



von sich zu weisen und selbst ein sachliches Angebot zu artikulieren,<sup>12</sup> kann, aber muss nicht mit den Intentionen der neurechten Akteur\*innen zusammenfallen (diskurstheoretisch bei Sarasin 2003, S. 27 ff.). Das dekonstruktive Moment der Analyse liegt in der besonderen Sensibilität für Naturalisierungen jeglicher Art – der Zusatz ›dekonstruktiv‹ soll die Fokussierung auf entpolitisierte Diskurse hervorheben.<sup>13</sup> Eine derartige Vorgehensweise bedeutet entsprechend eine *dekonstruktive Lesehaltung* einzunehmen, entpolitisierte Momente zu identifizieren, damit die naturalistische Selbstsicherheit rechter Diskurse zu unterlaufen und letztlich zu zeigen, wie sie am Realen scheitern (ebd.: 46 ff.). Eine dekonstruktive Diskursanalyse eignet sich für die Untersuchung neurechter Debatten, weil sie Fixierungen und Stabilisierungen erkennen lässt und sensibel dafür ist, keine Deutung für notwendig zu halten, »nichts als natürlich darzustellen, was nicht auch natürlich ist, nicht so zu tun, als ob das, was durch Geschichte, Technologie, Institutionen und Gesellschaft geprägt wurde, natürlich sei« (Jacques Derrida in Dick/Kofman 2002). Genau das passiert allerdings, wenn politisch motivierte Ausschlüsse als rechtliche oder naturwissenschaftliche Zwangsläufigkeit gedeutet werden. Das exkludierende Reden von Migration operiert als machtvolle Anordnung der Wirklichkeit, und gerade die dabei behauptete unideologische Sachlichkeit rechten Denkens verleiht ihr Kraft. Wie die alltäglichen Herabsetzungen und Ausgrenzungen zeigen, finden die Sprachspiele nicht im luftleeren Raum statt, sondern ermöglichen und legitimieren eine Praxis rassistischer Gewalt. In neurechten Diskursen werden alle anderen politischen Positionen – also alle, die etwa den Ausschluss von Geflüchteten nicht als selbstverständlich deuten – als moralisch überdreht und widernatürlich delegitimiert. Insofern begreifen wir Diskurse nicht als bloßen Text, sondern als Art und Weise wie »die nichtsprachlichen Dinge ihre Bedeutung erlangen« (Sarasin 2003, S. 36). Neurechte Diskurse sind somit eine performative Praxis, die die Wirklichkeit auf entpolitisierte Weise hervorbringen.

## 2 Das mystifizierte Grundgesetz

»Erstmal diskutieren wir Bürger und Deutsche miteinander, so wie es im Grundgesetz steht!«, erklärt Tatjana Festerling am 9. März 2015 den Demonstrant\*innen bei Pegida in Dresden (Festerling 2015). »Ein spezielles Recht auf Dialog«, fährt sie fort, »haben weder Ausländer, Asylsuchende, noch Wirtschaftsflüchtlinge«. Es ist unschwer zu erkennen, dass Festerling Ausschlüsse mit der Autorität des Grundgesetzes auflädt. Obwohl dort nirgends ein Dialogrecht zu finden ist, produziert allein die rechtliche Anrufung den Eindruck von Sachlichkeit und ermöglicht damit Distanz zu jeglicher Ideologie. Man sei,

- 12 Wenn auch mit anderen Prämissen ließen sich derartige Argumente auch mit den Mitteln der Ideologiekritik bewerkstelligen. Beiden – also einer dekonstruktiven Diskursanalyse und einer Ideologiekritik auf der Höhe der Zeit – ist der Charakter einer interventionistischen Haltung eigen (Schmincke 2019; Feustel 2013a).
- 13 Das umfangreiche Geschehen der Dekonstruktion kann hingegen nicht Gegenstand eines solchen Beitrags sein. So widmete sich Jacques Derrida etwa der Dekonstruktion des Rechts in zahlreichen Abhandlungen (vor allem Derrida 2000, 2003, 2014).

hieß es fast wöchentlich, weder links noch rechts, nicht ideologisch, sondern nur um den Selbsterhalt des deutschen Volks bemüht. Die aktuelle Politik leide an »Selbstvernichtungsphantasien« und sei von einem »selbstmörderischen Liberalismus« geprägt, der das Grundgesetz mit Füßen trete (ebd.).

Auch in Pressemitteilungen der AfD wird häufig auf das Grundgesetz verwiesen, womit die politische Kritik an der Partei als unrechtmäßig gedeutet wird.<sup>14</sup> Das 1949 erlassene Gesetz fungiert als Ausdruck einer quasinatürlichen Geschichte mit Vorrechten für ein Wir, das eine kategoriale Abgrenzung von den Anderen impliziert: »Es reicht nicht aus, das Grundgesetz in arabischer Sprache zu verteilen«, heißt es bereits 2015 in einer Mitteilung der sächsischen AfD (AfD 2015). »Wir müssen den Asylbewerbern auch erklären, auf Basis welcher kulturellen Regeln im Abendland dieses Grundgesetz entstanden ist«. Die Verquickung von Natur, Kultur, Geschichte und Recht, die es ermöglicht, (kultur-)rassistische Ausschlüsse zu legitimieren und gleichzeitig Rassismuskritik auszuweichen, wird am neurechten Umgang mit dem Begriff Volk besonders deutlich. Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus geht die Betonung der Volkssouveränität einher. Wie der Historiker Michael Wildt für die AfD zeigt, geht es im Kern um Exklusion bzw. darum, zu bestimmen, wer nicht zum Volk gehören darf.

»Wer nicht deutscher Abstammung ist (was immer darunter zu verstehen ist), nicht der ›deutschen Leitkultur‹ entsprechend lebt, sich nicht dem ›christlichen Abendland‹ verpflichtet fühlt oder sich die Freiheit sexueller Selbstbestimmung nimmt, kann in der Perspektive der AfD nicht zum deutschen Volk dazugehören« (Wildt 2017, S. 115).

Wildt argumentiert, dass es sich um einen kulturellen bzw. ethnischen Volksbegriff handelt,<sup>15</sup> wobei dieses völkische Denken zugleich vom Nationalsozialismus entkoppelt werden soll (ebd., S. 115–121). Die Distanzierung von der alten rassistischen Rechten wird gerade dadurch ermöglicht, dass neurechte Akteur\*innen das deutsche Volk zwar ethnisieren und damit naturalistisch abschließen, die (kultur-)rassistische Schließung jedoch regelmäßig mit rechtlichen Bezügen kombinieren.

Prägnant für die Funktionsweise dieser rechtlichen Rahmung waren etwa die Aussagen der ehemaligen AfD-Politikerin Frauke Petry in einem Streitgespräch mit Katrin Göring-Eckardt von Bündnis90/Die Grünen (Geis/Hildebrandt 2017). Zu Beginn wirft Petry ihrer Kontrahentin ideologische und moralisierende Politik vor und problematisiert »eine völlig überzogene Grenzöffnung, missbrauchtes Asylrecht und eine verfehlte innere Sicherheitspolitik« (ebd.).<sup>16</sup> Daraufhin werden beide Politikerinnen nach dem deut-

14 Exemplarisch: »Gewerkschaft hebt Grundgesetz aus – ›Verdi‹ ein Fall für den Verfassungsschutz!« (AfD 2017a).

15 Die Politiktheoretikerin Margaret Canovan (2005, S. 40 ff.) unterscheidet begrifflich zwischen einem vorpolitischen und damit völkischen Volksbegriff und dem politischen *populus*.

16 Die falsche Erzählung einer illegalen deutschen Grenzöffnung 2015 hat sich mittlerweile tief ins Wissen vieler eingeschrieben und wurde vor allem von neurechten Akteur\*innen verbreitet. Ohnehin verfehlt die Vorstellung von festen offenen/geschlossenen Grenzen die europäische Proble-

schen Volk gefragt: »Wer gehört eigentlich dazu, wenn Sie von den Deutschen reden? Wer ist das Volk?« (ebd.). Während Göring-Eckardt die Zugehörigkeit über den Wohnort definiert, Volk und Bevölkerung gleichsetzt und dessen Diversität betont, modifiziert Petry die Frage:

»Die Frage war: Wie definiert sich ein Staatsvolk? Im Grundgesetz sind die Grundlagen festgelegt. Zu einer Nation gehört die Sprache. Gerade in diesem Jahr erinnern wir uns daran, wie Luthers Bibel-Übersetzung das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt hat. Wir sind uns offenbar zumindest darin einig, dass Werte dazugehören. Wir sind uns wahrscheinlich uneinig darüber, dass man Werte nicht mal eben so adaptiert. Ich fand es bezeichnend, wie Sie sich um die Frage herumgemogelt haben, ob man ein Deutscher ohne deutschen Pass sein kann. Es gehört eben nicht jeder dazu, der irgendwie hierhergekommen ist« (ebd.).

Petry spannt für das »Staatsvolk« einen Bogen von der Sprache über Kultur und Geschichte zur Staatsangehörigkeit, wobei sie all dies in einem rechtlichen Rahmen – dem Grundgesetz – verankert. Die Autorität des Grundgesetzes bietet ihrer Deutung Schutz vor dem möglichen Einwand, (kultur-)rassistisch zu argumentieren. Petrys rechtliche Rahmung behauptet Rationalität und Sachlichkeit, was dadurch verstärkt wird, dass sie Göring-Eckardts Antwort als Mogelei bezeichnet, welche die unumstößlichen rechtlichen Tatsachen leugne. Damit delegitimiert Petry nicht nur die Position ihres politischen Gegenübers, sondern entzieht die eigene Position zugleich selbst der politischen Auseinandersetzung, weil ihre Aussagen nicht mehr als Ansichtssache, sondern als rechtlich fundierte Tatsache erscheinen.

Das Grundgesetz, dessen Entstehungsgeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein bekannt und in dem weder von der deutschen Sprache, noch von Werten oder Luther die Rede ist, erscheint bei Petry als zwangsläufiger Ausdruck einer gleichsam organischen deutschen Geschichte, die auf ein nicht minder organisches deutsches Volk hinausläuft. Die Überblendung von Grundgesetz, Sprache, Werten, Kultur und dem Staatsvolk schiebt alles ineinander und mystifiziert das Recht. Petry impliziert, dass die natürliche Gemeinschaft der Deutschen mitsamt ihrer authentischen Kultur irgendwann zu jenem Recht (dem Grundgesetz) gefunden hat, das immer schon für sie vorgesehen war. Die dem »Staatsvolk« zugrunde gelegte essentialistische Konzeption wird nicht nur daran deutlich, dass Petry von fixen Werten, von einer unbeweglichen Kultur ausgeht, sondern auch wenn sie darauf hinweist, dass »Luthers Bibel-Übersetzung das Zusammengehörigkeitsgefühl *gestärkt*« habe: Die deutsche Sprache *unterstützt* demnach bloß das, was als Nationalgefühl oder als deutsche Identität am Ursprung liegt. Im Kontrast etwa zur Nation als vorgestellte Gemeinschaft bei Benedict Anderson (2005, S. 14 ff.) deutet Petry die Nation nicht als historisch-kulturelles Produkt, sondern als vorpoliti-

matik. Entgegen einem solch statischen Grenzbegriff müssen Grenzen heute vielmehr als (re-)produziert, entortet und unterschiedlich durchlässig betrachtet werden (dazu Vaughan-Williams 2009; Lorey 2011).

sche, gemeinschaftliche und letztlich natürliche Einheit. Die tatsächlichen Umwege der Geschichte und die »Erfindung der Nation« (Anderson 2005) werden zur bloßen nationalen Selbstfindung umgedeutet.

Petrys Hervorhebung eines staatsbürgerlichen Volksbegriffs und der Bezug auf das Staatsangehörigkeitsrecht verdecken die zugrunde liegende Ethnisierung, die Petry, wie üblich im Rahmen neurechter Diskurse, einer extremen oder »alten« Rechten zuschiebt.<sup>17</sup> Der essentialistischen Fundierung zum Trotz fungiert die rechtliche Rahmung als Gegenerzählung zur Rassismuskritik. Die politische Kontur des Rechts, das zeitgebunden und wandelbar ist, wird – gegen den konstituierten Charakter und die Geschichte des Grundgesetzes – als unhintergehbare rechtliche Autorität (dazu Derrida 2014) gedeutet, die bloßer Ausdruck einer kulturellen Identität des Landes ist; eine Schrift, die Ein- und Ausschlüsse wie selbstverständlich erscheinen lässt. Dies wird mit der Distanzierung zu Göring-Eckardt noch verstärkt. Während die Grünen-Politikerin zur Repräsentantin einer unrechtmäßigen und ideologischen Grenzöffnung wird, erscheinen Petrys Aussagen als neutrale, objektive, rationale Wahrheiten – und damit als stabiler und unhintergehbare Bezugspunkt. Der rechtlich gerahmte Volksbegriff fungiert als ideologiefreie und vernünftige Intervention in ein Deutschland, das Petry zufolge durch »völlig enthemmte Migration, die noch dazu gesetzeswidrig [ist]« (Geis/Hildebrandt 2017), unsicher geworden sei. Dabei wird eine rechtlich umhüllte Verbindung von Sprache zu Werten und Geschichte (Luther) erzeugt, zusammen mit einem wie selbstverständlich wirkenden Graben zwischen »echten Deutschen« und Migrant\*innen.

Im Fortgang des Gesprächs betont Petry vor allem sicherheitspolitische Probleme, die sie gleichsam als logische Folge von Migration erscheinen lässt: »massive Kriminalitätszunahme«, »Ladendiebstähle«, »Totschlag« und »Vergewaltigung«.<sup>18</sup> Diese rechtspopulistische Technik der Angstproduktion, die für sich genommen schon effektiv ist (dazu Wodak 2015), macht sich die zuvor entfaltete schroffe Trennung zwischen einem rechtlich abgesicherten Staatsvolk und den »Eindringlingen« zunutze. Wenn Migration an sich bereits einem als vorpolitisch gedeuteten Recht widerspricht, ist es leicht, das eine Unrecht (Migration) mit dem anderen (Kriminalität) in Beziehung zu setzen. Migrant\*innen werden mithilfe der Mobilisierung rechtlicher Autorität als per se illegal und damit kriminell definiert. Wenn Petry das deutsche Volk als Rechtsgemeinschaft hervorhebt, werden die mit Migration verknüpften, elementaren Rechtsverletzungen wie selbstverständlich zur fundamentalen Gefahr für das Staatsvolk. Die Abschiebung gegenüber Migrant\*innen erscheint als folgerichtiger Beitrag zur Sicherheit, während diese als kriminelle Rechtsbrecher\*innen und damit als »kategorial Andere« (Sutterlüty/Neckel/Walter 2008, S. 52 ff.) des deutschen Staatsvolks konzipiert werden. Diesem Deutungsangebot zufolge geht es nicht um Diskriminierung, sondern um die Einhaltung des Rechts und um den Selbsterhalt des Staatsvolks.

17 Petry (2016) distanziert sich an anderer Stelle wörtlich von einem ethnischen Volksbegriff, erklärt ihn zur Vergangenheit und spricht von einem Staatsvolk oder einem Volk von Bürgern.

18 Die Zahlen sehen anders aus. Im Hinblick auf Sicherheitsdebatten lässt sich etwa die Polizeiliche Kriminalstatistik (BMI 2018) anführen, die vielmehr einen Rückgang von Kriminaldelikten verzeichnet.

Die von uns vorgeschlagene Interpretation sensibilisiert für die regelmäßigen rechtlichen Bezüge neurechter Akteur\*innen. So wird nicht nur in Reden, Pressemitteilungen oder Interviews, sondern auch an mehreren Stellen im AfD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 das Staatsvolk ins Zentrum gestellt und die Autorität des Grundgesetzes mobilisiert. Ebenso wie bei Petrys Streitgespräch ist dort von »rechts- und verfassungswidrigen Entscheidungen zur Zuwanderung« die Rede (AfD 2017b, S. 8). Es handle sich gegenwärtig um einen »illegalen Zustand«, den nur das »Staatsvolks der Bundesrepublik Deutschland« beenden könne – durch unmittelbare Demokratie (ebd.). Es gehe vorrangig um den »Erhalt des eigenen Staatsvolks«, wobei neben Migration auch die »Gender-Ideologie«, die schon im Titel als »verfassungsfeindlich« markiert wird, der Zukunft des deutschen Staatsvolkes entgegenstehe (ebd., S. 37). Diese Ideologie wolle

»die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann« (ebd.).

Hier ist dieselbe Denkfigur wie bei Petry zu erkennen: Die Verknüpfung einer biologistischen Vorstellung mit der Autorität des Grundgesetzes, wobei die AfD ihre politischen Ziele als Verteidigung der Verfassung präsentiert. Für die Wirkmächtigkeit der rechtlich gerahmten Selbstdarstellung eines ideologiefreien »Anti-Genderismus«<sup>19</sup> ist es unwesentlich, dass das Grundgesetz die Familie mit keiner Silbe definiert.

Selbst dort, wo neurechte Akteur\*innen die Konstruiertheit des Grundgesetzes nutzen und damit der Vorstellung vom vorpolitischen Ort des Rechts selbst widersprechen, zielen sie auf den Effekt einer rechtlich legitimierten Schließung. So fordert die AfD in ihrem Wahlprogramm, dass die deutsche Sprache im Grundgesetz festgeschrieben und der Familienbegriff nicht aufgeweicht werden solle. Das Grundgesetz soll, dort, wo es noch unbestimmt wirkt, genau jenes volksdeutsche Grundsatzdokument werden, das weit mehr leistet, als nur einen rechtlichen Rahmen abzustecken. Es soll das imaginierte natürliche Vorrecht der autochthonen Bevölkerung sichern und jene Autorität verkörpern, die an anderer Stelle bereits vorausgesetzt wird. Sowohl die Anrufung des bestehenden Grundgesetzes als auch die eher symbolpolitische Initiative, vermeintliche Lücken zu schließen, verhelfen neurechten Akteur\*innen gegenüber politisch-moralischen Einwänden gelassen und souverän zu bleiben und diese als Verkennung der rechtlichen und damit objektiven Tatsachen einzuordnen.

Die rechtliche Grenzziehung neurechter Akteur\*innen basiert auf vorpolitischen bzw. kulturalistischen Setzungen. Das Recht in Form des Grundgesetzes fungiert als Legitimationsquelle der Ethnisierung, die als Fundament dient und zugleich mithilfe der Autorität des Rechts verdeckt wird. Dem Gesetz wird jene von Jacques Derrida (2014) kritisierte »mystische Kraft« unterstellt, die es der Geschichte enthebt und essentialisiert.

19 Zur neurechten und christlich-fundamentalistischen Ablehnung von Gender siehe Hark/Villa 2015.

### 3 Durchmischung und Einwanderungsdruck

Während das Gesetz vopolitisch verhandelt und insofern naturalisiert wird, lassen sich gleichzeitig Diskurse beobachten, die gewissermaßen umgekehrt funktionieren, jedoch mit demselben Effekt. Naturwissenschaftliche Denkfiguren sollen Migrationsprozesse beschreiben und überblenden dafür eine natürliche Ordnung der Arten und ihres Lebensraums mit jener von Gesellschaft, Nationen und Kulturen. Diese Version biologistischer Grenzziehung hat eine längere Tradition und kommt etwa in Metaphern wie »Ungeziefer« oder »Parasiten«<sup>20</sup> vor. Hinzu kommt die Verknüpfung von Migration mit Krankheit<sup>21</sup> und Ansteckungsgefahr (etwa Fröhlich 2015). Die naturwissenschaftlich gerahmte Evidenzproduktion hat vermehrt mediale Aufmerksamkeit erfahren als Björn Höcke mit eugenischen Anleihen von der K- und der r-Strategie der »Europäer« und der »Afrikaner« sprach (zitiert in Hurtz 2015). In solchen Fällen ist der biologistische Rassismus offensichtlich, weil die Äußerungen unvermittelt auf nationalsozialistische Begrifflichkeiten und Assoziationen zurückgreifen.

In neurechten und bürgerlichen Migrationsdiskursen breiten sich jedoch noch andere Bildwelten aus, die auf subtilere Weise Kultur und Gesellschaft mit Natur tauschen und rechtes Denken aus dem Raum des Politischen herausführen. Ausgangspunkt dieser Erzählungen, die sich physikalischer Begriffe bedienen, sind starr territorial gedachte »Kulturkreise«, die durch Migration aus ihren Fugen geraten seien. Mit Samuel Huntingtons (2002) *Kampf der Kulturen* etablierte sich die Rede von Kulturkreisen, die stereotyp und vereinfachend Komplexität auf einzelne Merkmale reduziert und damit vielfältige Binnendifferenzierungen (etwa Stadt-Land-Differenzen) tilgt sowie kulturelle Verflechtungen und Wandlungen ignoriert. Diese statische Anordnung folgt zugleich längeren diskursiven Linien und reproduziert die Vorstellung einer zweigeteilten Welt von Okzident und Orient, die Edward Said (1979) als Projektion des Westens decodiert hat (dazu auch Castro Varela/Dhawan 2015, S. 91 ff.). Geradewegs in dieser orientalistischen Tradition finden sich in vielen neurechten Publikationen Bezüge zum »fremden« oder »islamischen Kulturkreis« (Sarrazin 2017). Petry (o. J.) umschreibt diese bipolare Denkweise, die den substantiell Anderen erst erfindet, mit einem unvermeidlichen »Konflikt zwischen westlicher und orientalischer Lebensweise«.

Diese hierarchische Zweiteilung, die wiederum Schmitts (1987 [1932]) ontologischer Freund-Feind-Unterscheidung folgt, wird mit einer ganzen Reihe gegensätzlicher Attribute unterfüttert. Während »wir hier« demokratisch, gleichberechtigt und gut gebildet seien, kämen »von dort« vor allem »Analphabeten« (Petry o. J.), deren »kognitive Kompetenzen« weit unterdurchschnittlich (Sarrazin 2017) und die Alice Weidel zufolge ganz allgemein »kulturfremd« seien (zitiert in Brost/Jäggi/Lau 2017). Derartige Hierarchisierungen mitsamt der postkolonialen Spur eurozentrischer Denkfiguren (zum Überblick

20 So bezeichnete der mittlerweile ausgeschlossene AfD-Politiker Kay Nerstheimer Asylsuchende als »Parasiten, die sich von den Lebenssäften des deutschen Volkes ernähren« (Zeit Online 2016). Er biologisiert nicht nur die imaginierten Anderen, sondern verwendet Körpermetaphern spiegelbildlich zur Konstruktion eines bedrohten Wir.

21 Zu Islam als »Karzinom« siehe Feustel 2016, S. 71.



Kerner 2013; Castro Varela/Dhawan 2015) und dem damit einhergehenden quasinatürlichen Kulturbegriff werden schon seit Langem kritisch betrachtet (etwa Hall 2000; Balibar 1998, S. 28 ff.; Kalpaka/Räthzel 2000, S. 179 ff.). Neurechte Akteur\*innen nehmen diese etablierten und wirkmächtigen Diskursbausteine zum *Ausgangspunkt* ihrer Abschlussfiguren.

Weniger Beachtung findet eine pseudonaturwissenschaftliche Argumentationsfigur, die sich *über* die kulturalistischen Ausgrenzungen legt und Sachlichkeit suggeriert. Wenn Migration Thema ist, sind Begriffe wie »Einwanderungsdruck«<sup>22</sup> und »Durchmischung« nicht weit. So festigt etwa Thilo Sarrazin seinen orientalistischen Diskurs damit, dass er Wanderungsbewegungen von Menschen als physikalischen Prozess begreift, wodurch die als Gefäße konzipierten Nationen (dazu Wehling 2016, S. 171ff.) in existentielle Gefahr geraten würden:

»Wir wissen außerdem, dass ausnahmslos alle Krisenländer, von Afghanistan bis Sub-Sahara-Afrika, deren wachsenden Einwanderungsdruck wir spüren, dem islamischen Kulturkreis angehören und seit vielen Jahrzehnten wegen anhaltend hoher Geburtenraten eine Bevölkerungsexplosion erfahren. [...] Der Einwanderungsdruck wird also weiter steigen. Es ist für das europäische Modell zu einer Überlebensfrage geworden, diese Einwanderung nicht zuzulassen. Wer das nicht sehen will, ist ein Traumtänzer« (Sarrazin 2017).

Sowohl der Signifikant »-explosion« als auch der davon abgeleitete »-druck« spielen auf eine physikalische Problematik an. Ähnlich wie das Boot, das sinken dürfte, wenn es überfüllt ist (Wehling 2016, S. 168 ff.), droht der Behälter Europa zu platzen oder zu zerbrechen, wenn der Druck durch Einwanderung weiter steigt. »Einwanderung nicht zuzulassen« erscheint so als logische, sachlich unerlässliche Notwendigkeit und nicht als politische oder ideologische Forderung, um die nächste Explosion einer zur Natur umgedeuteten Gesellschaft zu verhindern. Die als unmittelbar und naturgesetzmäßig gerahmte Gefahr bietet Schutz vor Kritik, weil sich Sarrazins Äußerung nicht als politisch streitbare Deutung, sondern als nüchterne und berechenbare Notwendigkeit darstellt. Analog weist Alexander Gauland die Zuschreibung rechtspopulistischer Affektproduktion von sich, wenn er von den existentiellen Folgen für Europa durch einen stärker werdenden »Einwanderungsdruck aus Afrika« spricht und auf eine lawinenartige Druckwelle, die »Europa überrollt«, anspielt: »Mit dem Schüren von Ängsten hat das nichts zu tun« (zitiert in Brandt 2017). Während die Metaphorik vom Einwanderungsdruck bei Gauland im Detail anders funktioniert als bei Sarrazin, sind die Implikationen dieselben. Ausgrenzung wird als notwendige Reaktion auf eine realistische Einschätzung einer offenkundigen Bedrohung impliziert. Wer das nicht sehe, sei ein »Traumtänzer«.

22 Der »sich immer weiter verstärkenden Einwanderungsdruck auf die westlichen Länder«, heißt es bei der AfD (2018, S. 36). An anderer Stelle ist auch von »Migrationsdruck« die Rede, etwa in der *Sezession* (Schmidt 2015, S. 29).

Ein anderer Begriff, der in neurechten Texten um Flucht und Migration teilweise in unmittelbarer Nähe zu »Einwanderungsdruck« aufkommt, verdeutlicht den entpolitisierten Rückgriff auf physikalische, genau genommen thermodynamische Logiken: »Durchmischung«. »Die europäischen Nationalstaaten werden durch diese in Hochgeschwindigkeit stattfindende Durchmischung ihrer Bevölkerung auf eine harte Probe gestellt«, heißt es etwa bei Petry (o. J.), kurz nachdem sie den »Einwanderungsdruck« problematisiert hat. Höcke folgt derselben Logik, auch wenn er Ausgrenzung weniger kulturalistisch als vielmehr biologistisch fundiert. In einem Positionspapier warnt er vor der »Durchmischung der Bevölkerung mit Personengruppen anderer Hautfarbe«. Die Forderung nach Vielfalt »dürfte nicht zuletzt die Verachtung des Eigenen in Form einer Verachtung der eigenen (weißen) Hautfarbe (oder des ›Weißseins‹) zugrunde liegen« (zitiert in Lüdecke 2018). Auch eine Petition gegen den Global Compact for Migration verknüpft Durchmischung direkt mit dem Niedergang von Nationalstaaten und Völkern:

»Mit der vorangetriebenen ›Replacement Migration‹, also dem Bevölkerungsaustausch, entfaltet sich der finale Akt der Entmachtung souveräner Nationalstaaten, die einhergeht mit der Auflösung und Durchmischung der Völker samt Identitätsverlust« (Masson 2018).

Wie beim Einwanderungsdruck baut die Denkfigur der Durchmischung auf eine vorausgesetzte, orientalistische Anordnung, um vor diesem Hintergrund die existentielle Bedrohung durch Migration *naturgesetzmäßig* zu behaupten. Die thermodynamische Durchmischungsmetaphorik bringt die selbstverständliche Ordnung einer Welt in Gefahr, in der Menschen, Religionen, Gebräuche und Sitten an einen Ort gebunden und der Geschichte genauso enthoben werden wie ihrer Komplexität. In dieser Vorstellung trifft das wesenhaft Europäische oder Deutsche (die neurechten Debatten springen zwischen diesen Ebenen häufig taktisch hin und her) auf einen orientalischen, afrikanischen oder muslimischen Anderen, analog zum physikalischen Prozess von zwei »idealen Gasen«, die aufgrund des Naturgesetzes der Dissipation<sup>23</sup> beginnen, sich zu mischen. Das Aufeinandertreffen von ansonsten statischen Kulturen wird als irreversibler physikalischer Prozess umschrieben, an dessen Ende das naturhaft Eigene (das ideale Gas) verschwunden sein wird. Der Kurzschluss von Gesellschaft und Physik provoziert gleichzeitig eine unmittelbare Handlungsaufforderung, weil Prozesse der Durchmischung dann nicht nur eine Veränderung, sondern einen substantiellen Verlust bedeuten. Im Kontext der Thermodynamik bedeutet Ordnung das Gegenteil von Durchmischung: Haben sich die zwei idealen Gase restlos vermischt, herrscht ein Gleichgewicht, also die totale Unordnung der Moleküle. Das bedeutet umgekehrt, dass Ordnung Segregation meint. Was physikalisch zunächst unbedenklich ist, hat als politische Metaphorik schwerwiegende Konsequenzen, weil damit die Separation von Arm und Reich, von »Kulturen« oder »Rassen« mit Ordnung assoziiert wäre (Feustel 2013b). Vermischung bedeutet in dieser Diktion Existenzverlust. Die diskursive Kombination aus Durchmischung (»in Hochgeschwin-

23 Thermodynamischer Fachbegriff für Durchmischung.



digkeit«) und Einwanderungsdruck suggeriert einen massiven Handlungszwang, jegliche Zuwanderung sofort zu beenden. Die geforderte Grenzschließung erscheint in diesem Diskurs nicht mehr als Resultat einer politischen Deutung, sondern als Folge faktischer, beobachtbarer und berechenbarer Einsichten.

Während die Sensibilität für abgründige und gewaltvolle Metaphern wie »Flüchtlingsstrom« oder »-welle« (dazu Theweleit 1987; Olschanski 2017) durch öffentliche Debatten in letzter Zeit gestiegen sein könnte, werden die Effekte thermodynamischer Gesellschaftskonzepte selten reflektiert – und das obwohl die Betonung irreversibler Durchmischung als wichtiger Referenzpunkt des Ethnopluralismus gilt (Münkler/Münkler 2016, S. 246). Die assoziative, naturgesetzliche Absicherung sozialwissenschaftlicher Thesen vom kulturellen und gesellschaftlichen Niedergang mithilfe der Thermodynamik und vor allem mit deren Entropiebegriff ist nicht neu (dazu Feustel 2013b). Sie formte ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein ganzes kulturpessimistisches Genre und erlebt in neurechten Debatten eine Renaissance – auch wenn der Entropie-Begriff als Gefahr des unaufhörlichen Ordnungsverfalls aus dem Fokus gerückt ist. Zudem sind soziale Rückschlüsse auf thermodynamische Gesetzmäßigkeiten schon aufgrund ihrer Alltäglichkeit naheliegend. Wer ein Zimmer lüftet, braucht keine physikalische Fachkompetenz, um zu wissen, dass sich kalte und warme Luft mischen werden. Neurechte Akteur\*innen schließen mit der Überblendung von Natur und Gesellschaft an gängige Vorstellungen an, die es ihnen ermöglichen, über physikalische Bildwelten den politischen Streit zu naturalisieren.

Migration und kultureller Wandel folgen – diskursiv als physikalische Prozesse überformt – unverrückbaren Eigenlogiken und Automatismen, die naturwissenschaftlich erklärt werden können. Neurechte Perspektiven auf die Themen Flucht und Migration erscheinen so nicht mehr als politisch und damit Streitbar. Vielmehr erscheinen sie als selbsterklärende Übersetzung oder Anwendung physikalischer Tatsachen in Politik. Der eingangs zitierte Slogan der Identitären Bewegung wird so lesbar: Identität ist natürlich gegeben und ihre Verteidigung daher weder links noch rechts, sondern unmittelbar und zwingend geboten.

#### 4 Neurechte Politik der Entpolitisierung

Die neurechte Essentialisierung von Gesellschaft – über das Recht, die Physik oder allgemeiner naturwissenschaftlichen Anleihen –, ist folgenreich. Die Selbstsicherheit neurechter Akteur\*innen dürfte zumindest teilweise damit zu tun haben, dass ihre Diskurse die eigenen politischen Vorstellungen als gegebene Wahrheiten präsentieren (dazu Hentschel 2018, S. 218f.), während sie die der anderen als ideologisch darstellen. »Vernunft Stadt Ideologie« plakatierte die AfD in Dresden anlässlich der sächsischen Landtagswahl 2019. Neurechte Akteur\*innen sehen sich im Widerstand gegenüber allen anderen, die noch nicht »aufgewacht« seien und sich ideologisch der Realität verweigern würden (dazu Leser et al. i.E.). Auch die etwa in Chemnitz 2018 deutlich spürbare Aggressivität hat sicher noch andere Gründe, wer allerdings im Namen einer unhintergehbaren Wahr-

heit agiert, macht politische Gegner\*innen wie selbstverständlich zum substantiellen Feind der Ordnung, zum ›Antagonisten‹ (Laclau/Mouffe 2015). Wenn ein Naturrecht zur Geltung gebracht werden muss, wenn die Segregation der Kulturen als natürliche Ordnung gilt und deren Mischung ihr jeweiliges Ende bedeutet, dann sind alle, die diese ›Wahrheiten‹ ablehnen, Advokat\*innen des Untergangs.

Gleichzeit eröffnen diese Denkfiguren einen Raum, ein Deutungsangebot, das es neurechten Sympathisant\*innen ermöglicht, sich von rassistischen Sichtweisen und historischen Lehren diskursiv zu distanzieren und sich gegen Einwände abzuschotten. Unsere Analyse neurechter Diskurse liefert sowohl Einblicke in die Selbstdarstellungen als auch in das für Unterstützer\*innen attraktive Deutungsangebot gegenüber kritischen Fremdzuschreibungen. Zugleich bleibt offen, inwiefern der Rekurs auf (Natur-)Gesetze und damit auf scheinbar Unstrittiges taktischer Art ist, um sich die Kritik vom Leib zu halten. Oder ob die Akteur\*innen beständig aus tiefer Überzeugung und vor dem Hintergrund eines Geschichts- und Gesellschaftsbildes argumentieren, das statt Hybridität und Übergang, statt der »Unerbittlichkeit der Historizität« (Brieler 1998) vom Essentiellen und Wesenhaften ausgeht. Aus diskursanalytischer Sicht ist diese Frage jedoch unerheblich, weil die eigentliche Intention der Sprecher\*innen unwesentlich für die Implikationen der Diskurse ist.

Bedeutsamer ist, dass Diskurse konkrete Folgen haben. Die neurechten Diskurse positionieren das Auge, strukturieren die Wahrnehmung und bestimmen, wer Mitgefühl verdient und wer nicht (dazu Butler 2010). Das Sterbenlassen im Mittelmeer, die Delegitimierung von Seenotrettung, alltägliche rassistische Ausgrenzungen und die gleichfalls als vernünftig dargestellte Abschiebep Praxis, die »nichts anderes ist als eine symbolische, manchmal aber auch sehr direkte Art des Tötens« (Metz/Seeßlen 2016, S. 21), werden mit den im Beitrag vorgestellten diskursiven Rahmungen als sachliche Notwendigkeiten gerechtfertigt. Politische Debatten oder moralische Einwände erscheinen dann als hinfällig.

Der beständige Rekurs auf quasinatürliche Gesellschaftsprozesse und Sachzwänge zeigt noch etwas anderes. Im Kontext der ausladenden Diskussionen um einen erstarken Rechtspopulismus ist auch das Argument zu vernehmen, es handle sich um eine Rückkehr des Politischen, wenn auch aus der falschen Richtung. Nichtwähler\*innen würden mobilisiert, eine Repräsentationslücke habe sich geschlossen und der politische Streit sei wieder intensiver geworden. Nachdem die »Postdemokratie« (Crouch 2008; grundlegender bei Rancière 2012) mit ihrer alternativlosen Sachzwanglogik, der totalen Dominanz des ökonomischen und dem Slogan vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) bzw. der sogenannten TINA-These von Margaret Thatcher (»there is no alternative«) im Rücken fast drei Jahrzehnte eine Politik des Immergleichen produzieren konnte, sei nun wieder Bewegung in die Sache gekommen (Reitz 2017). Die Krise des Neoliberalismus bringt zweifellos politische Reaktionen hervor (Fraser 2017) und hat die Debatten geweitet. Die neurechten Bewegungen und Regierungen jedoch als Rückkehr des Politischen zu deuten, übersieht in unseren Augen die entpolitisierende Funktionsweise ihrer Diskurse. Mit den beständigen Verweisen auf die angenommene Naturhaftigkeit der Dinge, mit dem Rückgriff auf ontologische Vorstellungen von Nation, Identität oder Kultur, treiben neurechte Akteur\*innen vielmehr eine Entpolitisierung voran, die impliziert,

den politischen Streit ein für alle Mal zu beenden. Neurechte Wahlerfolge bedeuten in dieser Hinsicht kein Ende der Postdemokratie durch das Hereinbrechen des Politischen, sondern vielmehr ihre Fortführung mit Mitteln naturalisierter Alternativlosigkeit – Politik im Modus der Entpolitisierung.<sup>24</sup> Wer den Ausschluss von Geflüchteten als rechtlich *notwendig* und Durchmischung als *irreversiblen* Verlust westlicher Kultur darstellt, liefert keine politischen Alternativen, sondern unterläuft all das, was theoretisch oder analytisch mit dem Begriff des Politischen gefasst werden soll. Derartige Deutungen eröffnen keine politischen Debatten und keine Zukünfte, die es politisch auszuhandeln gilt. Sie behaupten stattdessen Notwendigkeiten und erklären den politischen Widerstreit für beendet. Anstelle von Politik oder Demokratie, verstanden als unabgeschlossene und unabschließbare Aushandlung (Derrida 2003), ist ihr Ziel ein »traditionell geschlossener, organisch strukturierter und homogener gesellschaftlicher Raum, der keine Leere zulässt« (Žižek 2001, S. 259). Dies zeigt sich deutlich an der neurechten Indienstnahme des Grundgesetzes und an den Verweisen auf physikalische Gegebenheiten. Beide Deutungsangebote ermöglichen die Abwehr von Kritik, die dann als realitätsfern oder ideologisch abgetan werden kann. »Die Gruppenexistenz des ›Wir‹ im nationalen und damit auch ethnisch gebundenen Sinn ist unhintergebar, davon bin ich überzeugt«, formuliert Götz Kubitschek als Antwort an Armin Nassehi (zitiert in Grimm 2016), der vergebens versucht hatte, dem neurechten Unternehmer argumentativ beizukommen.

## Zitiertes Material

- AfD (2015) (AfD-Fraktion im sächsischen Landtag 2015): Wir brauchen auch in Sachsen Benimmregeln für Asylbewerber. Pressemitteilung vom 09.10.2015, [www.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/wir-brauchen-auch-in-sachsen-benimmregeln-fuer-asylbewerber.html](http://www.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/wir-brauchen-auch-in-sachsen-benimmregeln-fuer-asylbewerber.html) (Abruf 06.02.2019).
- AfD (2017a) (AfD-Fraktion im sächsischen Landtag 2017): Gewerkschaft hebelt Grundgesetz aus – »Verdi« ein Fall für den Verfassungsschutz!. Pressemitteilung vom 24.03.2017, [www.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/gewerkschaft-hebelt-grundgesetz-aus-verdi-ein-fall-fuer-den-verfassungsschutz.html](http://www.afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/gewerkschaft-hebelt-grundgesetz-aus-verdi-ein-fall-fuer-den-verfassungsschutz.html) (Abruf 06.02.2019).
- AfD (2017b): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, [www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](http://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf) (Abruf 06.02.2019).
- Brandt, H.-U. (2017): Alexander Gauland im Interview. »Die AfD ist nun mal ein besonders gärriger Haufen«. In: Weser Kurier vom 24.08.2017, [www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik\\_artikel,-die-afd-ist-nun-mal-ein-besonders-gaeriger-haufen-\\_arid,1639928.html](http://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-die-afd-ist-nun-mal-ein-besonders-gaeriger-haufen-_arid,1639928.html) (Abruf 06.02.2019).
- Brost, M./Jäggi, S./Lau, M. (2017): Alice Weidel. Himmel, Lille! In: Die Zeit 38, [www.zeit.de/2017/38/alice-weidel-afd-spitzenkandidatin-muslime](http://www.zeit.de/2017/38/alice-weidel-afd-spitzenkandidatin-muslime) (Abruf 06.02.2019).
- Festerling, T. (2015): Rede bei Pegida am 09.03.2015 in Dresden.

24 Für Praktiken und Felder gegenwärtiger Depolitisierungsprozesse jenseits neurechter Politik siehe Fawcett et al. 2017.

- Fröhlich, A. (2015): Bürgermeister bezeichnet Flüchtlinge als ansteckend. In: Der Tagesspiegel vom 08.11.2015, [www.tagesspiegel.de/berlin/jueterbog-in-brandenburg-buergermeister-bezeichnet-fluechtlinge-als-ansteckend/12557320.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/jueterbog-in-brandenburg-buergermeister-bezeichnet-fluechtlinge-als-ansteckend/12557320.html) (Abruf 06.02.2019).
- Geis, M./Hildebrandt, T. (2017): Streitgespräch zwischen Frauke Petry und Katrin Göring-Eckardt. »Es gehört nicht jeder dazu« – »Ein Schreckensgedanke«. In: Die Zeit 5, [www.zeit.de/2017/05/frauke-petry-katrin-goering-eckardt-afd-gruene-streitgespraech](http://www.zeit.de/2017/05/frauke-petry-katrin-goering-eckardt-afd-gruene-streitgespraech) (Abruf 15.12.2017).
- Grimm, R. (2016): Neue Rechte. »Wiewohl ich skeptisch bin, will ich wenigstens in dieser Weise offen sein«. In: Krautreporter vom 29.01.2016, [www.krautreporter.de/1284--wiewohl-ich-skeptisch-bin-will-ich-wenigstens-in-dieser-weise-offen-sein](http://www.krautreporter.de/1284--wiewohl-ich-skeptisch-bin-will-ich-wenigstens-in-dieser-weise-offen-sein) (Abruf 20.02.2019).
- Hurtz, S. (2015): »Blanker Rassismus«: Höcke und die Fortpflanzung der Afrikaner. In: Süddeutsche Zeitung vom 12.12.2015, [www.sueddeutsche.de/politik/afd-thueringen-blanker-rassismus-hoecke-und-die-fortpflanzung-der-afrikaner-1.2780159](http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-thueringen-blanker-rassismus-hoecke-und-die-fortpflanzung-der-afrikaner-1.2780159) (Abruf 24.01.2019).
- Lüdecke, U. (2018): Höcke legt 38-Seiten-Papier vor: »Radikale Positionen, in Watte verpackt«. In: Focus Online vom 17.05.2018, [www.focus.de/politik/deutschland/positionspapier-von-hoeckes-landesverband-38-seitiges-afd-papier-gegen-multikulti-kultur-und-durchmischung-der-hautfarbe\\_id\\_8941853.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/positionspapier-von-hoeckes-landesverband-38-seitiges-afd-papier-gegen-multikulti-kultur-und-durchmischung-der-hautfarbe_id_8941853.html) (Abruf 24.01.2019).
- Masson, I. N. (2018): So geht Demokratie: Bundestag lehnt Petition gegen Migrationspakt ab. In: Compact Online vom 24.10.2018, [www.compact-online.de/so-geht-demokratie-bundestag-lehnt-petition-gegen-migrationspakt-ab](http://www.compact-online.de/so-geht-demokratie-bundestag-lehnt-petition-gegen-migrationspakt-ab) (Abruf 24.01.2019).
- NDR/ARD-aktuell (2019): Sendung: tagesschau vom 27.10.2019, 20:00 Uhr, [www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-33917.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-33917.html) (Abruf 09.11.2019).
- Petry, F. (2016): Reden von Dr. Frauke Petry und Marcus Pretzell zum Tag der Deutschen Einheit in Stuttgart, [www.frauke-petry.com/index.php/aktuelles/pressemitteilung/209-reden-von-dr-frauke-petry-und-marcus-pretzell-zum-tag-der-deutschen-einheit-in-stuttgart](http://www.frauke-petry.com/index.php/aktuelles/pressemitteilung/209-reden-von-dr-frauke-petry-und-marcus-pretzell-zum-tag-der-deutschen-einheit-in-stuttgart) (Abruf 09.10.2017).
- Petry, F. (o. J.): Die AfD ist nicht muslimfeindlich. Wir sind bloß nicht naiv, [www.der-blaue-kanal.de/politik/die-afd-vertritt-auch-ihre-politischen-interessen](http://www.der-blaue-kanal.de/politik/die-afd-vertritt-auch-ihre-politischen-interessen) (Abruf 01.12.2017).
- Sarrazin, T. (2017): Der Einwanderungsdruck wird weiter steigen. In: The European. Das Debattenmagazin vom 01.07.2017, [www.theeuropean.de/sarrazin-thilo/12406-wohlstand-ohne-einwanderung](http://www.theeuropean.de/sarrazin-thilo/12406-wohlstand-ohne-einwanderung) (Abruf 24.01.2019).
- Schmidt, T. (2015): Bevölkerungsaustausch in Europa: Ursachen – Stand – Perspektiven. In: Sezession 67, S. 28–33.
- Spiegel Online (2019): Nach Steinmeier Äußerungen. Gauland ärgert sich über den Bundespräsidenten. In: Spiegel Online vom 15.09.2019, [www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-chef-alexander-gauland-aergert-sich-ueber-frank-walter-steinmeier-a-1286942.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-chef-alexander-gauland-aergert-sich-ueber-frank-walter-steinmeier-a-1286942.html) (Abruf 09.11.2019).
- Zeit Online (2016): Umstrittener Abgeordneter verzichtet auf Platz in AfD-Fraktion. In: Zeit Online vom 22.09.2016, [www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/afd-berlin-kay-nerstheimer-ageordnetehaus-fraktion](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/afd-berlin-kay-nerstheimer-ageordnetehaus-fraktion) (Abruf 24.01.2019).

## Literatur

- Anderson, B. (2005): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. 2., um ein Nachwort von Thomas Mergel erweiterte Auflage der Neuausgabe 1996. Frankfurt am Main: Campus.
- Balibar, E. (1998): Gibt es einen »Neo-Rassismus«? In: Balibar, E./Wallerstein, I. (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument, S. 23–38.
- Bedorf, T./Röttgers, K. (Hrsg.): (2010) Das Politische und die Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brieler, U. (1998): Die Unerbittlichkeit der Historizität. Foucault als Historiker. Köln: Böhlau.
- Bröckling, U./Feustel, R. (Hrsg.) (2010): Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: transcript.

- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) (2018): Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2017. [www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2017/pks2017ImkBericht.pdf](http://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2017/pks2017ImkBericht.pdf) (Abruf 06.02.2019).
- Butler, J. (2010): Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen. Frankfurt am Main: Campus.
- Canovan, M. (2005): The people. Cambridge: Polity.
- Castro Varela, M. d. M./Dhawan, N. (2015): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. 2. Auflage. Bielefeld: transcript.
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Decker, F. (2018): Was ist Rechtspopulismus? In: Politische Vierteljahresschrift 59(2), S. 353–369.
- Derrida, J. (2000): »Unabhängigkeitserklärungen«. In: Derrida, J./ Kittler, F. (Hrsg.): Nietzsche – Politik des Eigennamens: Wie man abschafft, wovon man spricht. Berlin: Merve, S. 9–19.
- Derrida, J. (2003): Schurken – Zwei Essays über die Vernunft. Berlin: Suhrkamp.
- Derrida, J. (2014): Gesetzeskraft. Der »mystische Grund der Autorität«. Berlin: Suhrkamp.
- Dick, K./Kofman, A. Z. (2002): Derrida. DVD.
- Fawcett, P./Flinders, M./Hay, C./Wood, M. (Hrsg.) (2017): Anti-Politics, Depoliticization, and Governance. Oxford: Oxford University Press.
- Feustel, R. (2010): »Off the Record«. Diskursanalyse als die Kraft des Unmöglichen, in: Feustel, R./Schochow, M. (Hrsg.): Zwischen Sprachspiel und Methode. Perspektiven der Diskursanalyse, Bielefeld: transcript 2010, S. 81–99.
- Feustel, R. (2013a): Intervention als Methode. Zum Verhältnis von Diskursanalyse und politischer Ideengeschichte. In: Busen, A./Weiß, A. (Hrsg.): Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens. Schriftenreihe der Sektion Politische Theorien und Ideengeschichte der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 149–162.
- Feustel, R. (2013b): »A Measure of Disorder« – Entropie als Metapher für das Andere der Ordnung. In: Behemoth – A Journal on Civilisation 7(1), S. 118–139.
- Feustel, R. (2016): Islam. In: Feustel, R./Grochol, N./Prüwer, T./Reif, F. (Hrsg.): Wörterbuch des besorgten Bürgers. Mainz: Ventil, S. 71–72.
- Fraser, N. (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, H. (Hrsg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, S. 77–91.
- Fredrickson, G. M. (2004): Rassismus. Ein historischer Abriß. Hamburg: Hamburger Edition.
- Fukuyama, F. (1992): Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München: Kindler.
- Hall, S. (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Rätzkel, N. (Hrsg.): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument, S. 7–16.
- Hark, S./Villa, P.-I. (Hrsg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript.
- Hentschel, C. (2018): Dark Truths in East German Towns in Times of Islamophobia. In: Bystrom, K./Harris, A./Webber, A. J. (Hrsg.): South and North. Contemporary Urban Orientations. London: Routledge, S. 217–235.
- Huntington, S. (2002): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München: Goldmann.
- Kalpaka, A. (2005): Pädagogische Professionalität in der Kulturalisierungsfalle – Über den Umgang mit »Kultur« in Verhältnissen von Differenz und Dominanz. In: Leiprecht, R./Kerber, A. (Hrsg.): Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau, S. 387–405.
- Kalpaka, A./Rätzkel, N. (2000): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. In: Rätzkel, N. (Hrsg.): Theorien über Rassismus. Hamburg: Argument, S. 177–190.
- Kerner, I. (2013): Postkoloniale Theorien zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Laclau, E./Mouffe, C. (2015): Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen.

- Leser, J./Pates, R./Spissinger, F. (2019): Befindlichkeiten des Demos. Zur politischen Funktion von Affekten im Zeichen des Rechtspopulismus und einer ›Krise‹ der Demokratie. In: Burzan, N. (Hrsg.): Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018.
- Leser, J./Spissinger, F. (2020): The functionality of affects: Conceptualising far-right populist politics beyond negative emotions. In: *Global Discourse. An Interdisciplinary Journal of Current Affairs and Applied Contemporary Thought* 10(2), S. 325–342.
- Leser, J./Spissinger, F./Homeyer, J./Neidel, T. (i.E.): Performing ›resistance‹ – the far right’s master narrative. In: *The Journal of Culture*.
- Lorey, I. (2011): Das Regieren durchlässiger Grenzen. Country Europa – ein Projekt von Marcelo Expósito und Verónica Iglesia. [www.eipcp.net/transversal/0311/lorey/de](http://www.eipcp.net/transversal/0311/lorey/de) (Abruf 08.02.2019).
- Marchart, O. (2007): Post-foundational political thought. Political difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Merkel, W. (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, P./Kubbe, I./Poguntke, T. (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*. Wiesbaden: Springer VS, S. 9–23.
- Metz, M./Seefßen, G. (2016): Hass und Hoffnung. Deutschland, Europa und die Flüchtlinge. Berlin: Bertz + Fischer.
- Mühlmann, H. (1996): *Die Natur der Kulturen*. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Münkler, H./Münkler, M. (2016): *Die neuen Deutschen: Ein Land vor seiner Zukunft*. Berlin: Rowohlt.
- Olschanski, R. (2017): *Der Wille zum Feind. Über populistische Rhetorik*. Paderborn: Wilhelm Fink.
- Pfeiffer, T. (2018): »Wir lieben das Fremde – in der Fremde«. Ethnopluralismus als Diskursmuster und -strategie im Rechtsextremismus. In: Schellhö, J./Reichert, J./Heins, V. M./Flender, A. (Hrsg.): *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld: transcript, S. 35–55.
- Pilkington, H. (2016): *Loud and proud. Passion and politics in the English Defence League*. Manchester: Manchester University Press.
- Rancière, J. (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rancière, J. (2012): *Der Hass der Demokratie*. Berlin: August.
- Reckwitz, A. (2018): *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. 5. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Reisigl, M. (2014): Abduktion. In: Wrana, D./Ziem, A./Reisigl, M./Nonhoff, M./Angermüller, J. (Hrsg.): *DiskursNetz. Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung*. Berlin: Suhrkamp, S. 16–17.
- Reitz, T. (2017): Aufstand der Anteillosen? Autoritärer Protest im digitalen Kapitalismus. In: *Das Argument* 59(3), S. 363–377.
- Rommelspacher, B. (2009): Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, C./Mecheril, P. (Hrsg.): *Rassismuskritik. Band I: Rassismustheorie und -forschung*. Schwalbach: Wochenschau, S. 25–38.
- Said, E. W. (1979): *Orientalism*. New York: Pantheon.
- Sarasin, P. (2003): *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schellhö, J. (2018): Abgrenzung an allen Fronten. Die Neue Rechte und ihre ethnopluralistische Erzählung. In: Schellhö, J./Reichert, J./Heins, V. M./Flender, A. S. (Hrsg.): *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld: transcript, S. 15–20.
- Schmincke, I. (2019): Welche Waffe der Kritik? Versuch einer Kombination von Diskursanalyse und Ideologiekritik. In: Langer A./Nonhoff, M./Reisigl, M. (Hrsg.): *Diskursanalyse und Kritik. Interdisziplinäre Diskursforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 215–235.
- Schmitt, C. (1987 [1932]): *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Collarien*. Berlin: Duncker & Humboldt.
- Schulze Wessel, J. (2006): *Ideologie der Sachlichkeit. Hannah Arendts politische Theorie des Antisemitismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



- Shoshan, N. (2016): *The Management of Hate: Nation, Affect, and the Governance of Right-Wing Extremism in Germany*. Princeton: Princeton University Press.
- Sutterlüty, F./Neckel, S./Walter, I. (2008): Klassifikationen im Kampf um Abgrenzung und Zugehörigkeit. In: Neckel, S./Soeffner, H.-G. (Hrsg.): *Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext*. Wiesbaden: Springer VS, S. 27–89.
- Theweleit, K. (1987): *Männerphantasien. Band 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte*. Frankfurt am Main: Roter Stern.
- Vaughan-Williams, N. (2009): *Border Politics. The Limits of Sovereign Power*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Wehling, E. (2016): *Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht*. Köln: Herbert van Halem.
- Wildt, M. (2017): *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Wodak, R. (2015): *The politics of fear. What right-wing populist discourses mean*. Los Angeles: Sage Publications.
- Wodak, R. (2018): Vom Rand in die Mitte – »Schamlose Normalisierung«. In: *Politische Vierteljahresschrift* 59(2), S. 323–335.
- Wodak, R. (2019): Entering the ›post-shame era‹: the rise of illiberal democracy, populism and neo-authoritarianism in EUrope. In: *Global Discourse. An Interdisciplinary Journal of Current Affairs and Applied Contemporary Thought* 9(1), S. 195–213.
- Yanow, D. (2009): What's Political About Political Ethnography? Abducting Our Way Toward Reason and Meaning. In: *Qualitative & Multi-Method Research. Newsletter of the American Political Science Association Organized Section for Qualitative and Multi-Method Research* 7(2), S. 33–37.
- Žižek, S. (2001): *Die Tücke des Subjekts*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zorn, D.-P. (2018): Ethnopluralismus als strategische Option. *Der Mensch, ein Tier*. In: Schellhöf, J./Reichertz, J./Heins, V. M./Flender, A. (Hrsg.): *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror*. Bielefeld: transcript, S. 21–33.

*Anschriften*

Dr. Robert Feustel,  
Institut für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena,  
Carl-Zeiß-Str. 3,  
07743 Jena,  
robert.feustel@uni-jena.de

Florian Spissinger,  
Institut für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig,  
Beethovenstr. 15,  
04107 Leipzig,  
florian.spissinger@uni-leipzig.de